

Interventionistische Krisenökonomie

Isabella Weber: „Der Gesellschaftsvertrag wird brüchig“, FR-Wirtschaft vom 1. Oktober

Lob der pragmatischen US-Denkshule

Die Philosophie von Isabella Weber führt in die richtige Richtung, auch wenn der von außen zugeschriebene Begriff der „Erfinderin der Gaspreisbremse“ ein wenig zu viel der Ehre ist, da andere Länder in Europa viel eher und agiler als Deutschland gehandelt und ein solches Instrument schon längst umgesetzt haben.

Schließlich wären ohne eine Deckelung der Energiekosten die volkswirtschaftlichen Folgen dauerhaft verheerend und im erheblichen Maße wohlstandsgefährdend, da man dann davon ausgehen müsste, dass selbst viele eigentlich gesunde mittelständische Unternehmen mit ihren vielen Tausend Beschäftigten in den Abgrund gerissen werden und vom Markt komplett verschwinden.

Deshalb bleibt die neue pragmatische Denkshule unter Ökonomen, die in den USA arbeiten und forschen, nicht nur bei der Politikberatung in jedem Fall begrüßenswert und vorbildhaft, zumal weiterhin gerade an den sehr dogmatisch geprägten deutschen Hochschulen immer noch häufig ziemlich veraltete ideologische Modelle gelehrt werden, die ebenfalls bei anderen sehr wichtigen sozialen Themen wie dem Mindestlohn oder dem „Homo oeconomicus“ schon lange nicht mehr mit der Realität korrespondieren.

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Viele gute Ideen – aber ihre Umsetzung scheitert

Das Interview möchte ich zum Anlass nehmen, die Aussagen von Frau Weber um einige Aspekte zu erweitern.

Ältere Semester erinnern sich noch an die Erdölkrise Mitte der 70er Jahre mit autofreien Sonntagen. Hintergründig war der Versuch der OPEC-Staaten, über den Ölpreis Druck auf den Westen auszuüben. Ich glaube mich zu erinnern, dass dieser

Erpressungsversuch dazu führte, die Gas- und Ölgewinnung in der Nordsee voranzutreiben, um unabhängiger von der OPEC zu werden. Ich meine, auch die Erdgasspeicheridee stammt aus dieser Zeit.

Rund 45 Jahre später muss ich erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland mehr als 50 % seiner Energien aus Russland bezieht. Warum wurde eine Abhängigkeit gegen eine andere eingetauscht – und dann auch noch die Gasspeicher an ein ausländisches Unternehmen verkauft?

Die USA haben schon seit Jahrzehnten eine Liste von Firmen, die nicht an ausländische Interessenten verkauft werden dürfen bzw. dürfen diese nicht Mehrheitseigner werden. In Deutschland soll an einer solchen Liste gearbeitet werden. Wie weit ist man denn damit?

Erstaunt bin ich zudem, wenn ich lese, dass Frau Weber schon im Februar einen Deckel empfohlen hat. Sieben Monate vertan. Macron und Frankreich waren da sehr viel schneller. Frankreich ist nun das Stichwort: Von welchem Gesellschaftsvertrag spricht Frau Weber? Wo kann ich den einsehen? Meines Wissens haben nur zwei Länder in Europa einen Gesellschaftsvertrag, und zwar Frankreich und Schweden. In Frankreich seit der Revolution in nichtkodifizierter Form und in Schweden nach dem Zweiten Weltkrieg in kodifizierter Form. Diese Gesellschaftsverträge besagen salopp formuliert: Es reicht für alle, sonst ...

Frau Weber spricht von einem Grundkontingent an Energie für jeden Haushalt. Das gibt es in Belgien so ähnlich schon seit Jahren. Die Grünen hatten das vor Jahren auch mal in einem Wahl- oder Parteiprogramm stehen. Warum werden in Deutschland gute Ideen eigentlich nicht umgesetzt? Ist der bundesdeutsche Tellerrand so breit, dass man es nur selten schafft drüberzuschauen?

Rüdiger Erdmann, Pattensen

Verantwortlich sind die Eigentümer

Frau Weber plädiert für ein „Grundkontingent pro Haushaltsmitglied“. Dieses lässt sich aber weder in Kilowattstunden noch Euro beziffern, da der Grundverbrauch nicht vom Verhalten der Bewohner abhängt, sondern von dem energetischen Zustand des Gebäudes.

Zwei Beispiele: 1. Passivhauswohnung in Frankfurt: 77 m² Wohnfläche, reine Gaskosten: 15 € im Monat. 2. Unsaniertes Altbau: 125 m² Wohnfläche, reine Gaskosten: 150 € im Monat. Preissteigerung ebenfalls sehr unterschiedlich: für 1. etwa das Doppelte, für 2. fast das Dreifache.

Für diesen Zustand sind die Immobilieneigentümer verantwortlich. Es sollte für die Wärmeversorgung der gleiche Mechanismus angewendet werden, wie er für die CO₂-Steuer gilt: Bei emissionsreichen Gebäuden zahlt der Vermieter 90 % und bei emissionsarmen der Mieter 100 %.

Michael Brod, Frankfurt

Ideologische Verblendung

Ein Gaspreisdeckel, der die Preise für Grundbedarf einfriert, finanziert mit einem 200-Milliarden-Kredit, also dem Doppelten für die Landesverteidigung.

Der Kanzler, dem so oft Zögerlichkeit, mangelnde Entschluss- und Führungskraft vorgeworfen wird, entscheidet sich für den interventionistischen Ansatz einer 34-jährigen Ökonomin, wie er in Kriegs- und Krisenzeiten selbstverständlich sein sollte.

Wie hatten sie sich verkämpft: der smarte Robert Habeck, der als Wirtschaftsminister im Tunnelblick nur das Problem gesehen hat, dass das exorbitant teure Gas irgendwie bezahlt werden muss, während der noch viel smartere Christian Lindner in ideologischer Verblendung an der Schuldenbremse festhalten wollte.

Jan Prediger, Wismar

Kaum echte Konkurrenz der Systeme

Zu: „Einheit mit Rissen“, FR-Meinung vom 4. Oktober

Der Blick in die FR macht deutlich, dass zwei verheerende Weltkriege, die zwischen 1871 und 1990 in Europa stattfanden, offenbar nicht genügt haben, um Menschen für immer von der Unteilbarkeit und der Unverwundbarkeit des Völkerrechts und des Menschenrechts zu überzeugen.

Offensichtlich ist es aus dem Bewusstsein der Populisten gewichen, dass diese Grundaxiome des menschlichen Zusammenlebens kein Gegenstand von Meinung und Interpretation sind. Die Wahrhaftigkeit einer Realität spricht nur für sich und ist darum durch keine Lüge zu entstellen. Kein Mensch kann sie auf Dauer verfälschen oder leugnen. Jedes Töten, jedes Leiden, jede erzwungene Vertreibung,

jeder Genozid wird irgendwann als das erkannt, was es ist oder war.

Vielleicht deckt der Feiertagsmoment des 3. Oktober jedes Jahr etwas zu, was unter der Haut unverheilt noch immer verwundet ist. Genau wie bei der Reichsgründung in Versailles die Versöhnung mit den Unterlegenen des Krieges ausgeblieben war, ist die Einheit Deutschlands nicht das versöhnliche Ende der Konkurrenz zweier Gesellschaftssysteme gewesen. Wenn unter der Haut Verletzungen arbeiten in Gefühlen von Scham und Schmach, dann werden Schmerzen irgendwann kollektiv wahrnehmbar. Der Demokratiezwiefel der Menschen, die im sozialistischen Gesellschaftssystem einen Teil ihres Lebens

gelebt haben, kann als ein kleiner Beleg für diese unverheilten Verwundungen gelten.

Helmut Kohl hat wohl nie gezweifelt. Für ihn und so viele war die Einheit ein eindeutiger Sieg des kapitalistischen Systems. Im Glanz des Sieges hat er darum wie Bismarck die vielen Schwächen des Siegreichen übersehen.

Die Jahre nach 1990 haben einige Menschen enorm reich gemacht. Das siegreiche System muss sich heute der Herausforderung stellen, jedem Einzelnen der globalen Menschengemeinschaft individuelle Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern. Erst damit kann es die von Putin behauptete Heuchelei des westlichen Systems widerlegen.

Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Sandra Busch und **Georg Leppert** moderieren das FR-Stadtgespräch „Peter Feldmann vor der Abwahl?“.

Mit: Tina Zapf-Rodriguez (Grüne im Römer), Michael Erhardt (IG Metall), Yanki Pürstün (FDP im Römer) und Bernd Reisig (Stiftung „Helfen helfen“). In Präsenz und im Livestream unter:

fr.de/eventvideo
Montag, 10. Oktober, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Jutta Rippegather moderiert die Diskussion „Warum Krankenhäuser krank machen – und zwar die Beschäftigten“ mit Dr. Robin Mohan (Institut für Sozialforschung Frankfurt), Bettina Böttcher-Dutton (Verdi-Vertrauensfrau Uniklinik Marburg), Fabian Dzewas-Rehm (Verdi-Gewerkschaftssekretär) und Uwe Richtmann (Personalratsvorsitzender Uniklinik Frankfurt).

Dienstag, 11. Oktober, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt
www.youtube.com/hausamdom

Yağmur Ekim Çay moderiert Buchvorstellung und Diskussion zum Thema „Die kurdische Frage in der Türkei – Über die gewaltsame Durchsetzung von Nationalstaatlichkeit“. Mit dem Autor Ismail Küpeli.

Mittwoch, 12. Oktober, 19 Uhr
Café Ellis, Johanniskirchplatz 1, Hanau

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Auch im Livestream unter: www.fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 13. Oktober, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Hier wohnt der Parmesan

Zu: „Vorratsliste an Kühlschränken“, FR-Wirtschaft vom 29. September

Als Single und Seniorin ist mein Kühlschrankvorrat überschaubar – anders als der in meinem Gefrierschrank, der relativ groß ist, damit ich günstige Einkäufe und Restmengen zubereiteter Speisen einfrieren kann.

Ich behalte aber stets die Übersicht, da ich eine solche „Türliste“, wie Frank Waskow sie schildert, praktisch täglich nutze und aktualisiere. Sie hat fünf Spalten für die fünf Schubladen: Kleinzeug (Parmesan, Frühlingszwiebeln, Zitronensaft etc. in Minigefäßen); Gemüse und Beilagen; fertige Gerichte; Rohes und Brot; Eis und Kräuter. Auf den Gefriertüten oder -gefäßen notiere ich jeweils den Inhalt, die Menge an Portionen und das Einfrierdatum.

Es ist toll, was man alles einfrieren kann und wie viel Einkaufs- und Kochzeit sich dadurch sparen lässt! Und wenn man Gäste erwartet, kann man das Menü nervenschonend vorbereiten („1 x 4 P. Bio-Rindsgulasch 17.9.22“).

Elena Ezeani, Bremen

Leider keine Einladung

Zu: „Feldmann sollte zu Versprechen stehen“, FR-Stadt vom 28. September

„Die Frankfurterinnen und Frankfurter“, so heißt es immer wieder, werden zum Bürgerentscheid am 6. November aufgerufen.

Leider trifft diese Einladung zur Wahl nicht auf alle Menschen zu, die ihren ständigen Wohnsitz in Frankfurt am Main haben. Nicht-EU-Staatsbürger zum Beispiel dürfen nicht an den Kommunalwahlen bzw. an einem Bürgerentscheid teilnehmen, geschweige denn ihre Stimmen bei den Landtags- oder Bundestagswahlen abgeben.

Gerade beim bevorstehenden Bürgerentscheid könnte eine Beteiligung von den zahlreichen in Frankfurt lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus anderen (Nicht-EU-)Ländern – zumindest theoretisch – Auswirkungen auf das Wahlergebnis haben.

Zum Wesen der Demokratie gehört das Prinzip Mitgliedschaft, wovon die Bürgerschaft zwar die Hauptkategorie von Mitgliedschaft ist, wohl aber nicht die einzige. Menschen mit ständigem Wohnsitz sind auch Schlüsselmitglieder eines Landes bzw. einer Kommune, doch ohne Wahlrecht Mitglieder, die von den Entscheidungen, die auch auf sie direkten Einfluss nehmen, weitgehend ausgeschlossen sind.

Deshalb scheint es mir wünschenswert und sinnvoll, wenn man als Nicht-EU-Staatsbürger wenigstens bei den Kommunalwahlen (hier: bei einem Bürgerentscheid) die Möglichkeit hätte, zur Wahl zu gehen.

Jeffrey Myers, Frankfurt